

Interview mit dem Präsidenten der BAGIV Mehmet Tanriverdi zu den rassistisch motivierten Morden in Deutschland.

1) Waren Sie schockiert als Sie hörten, dass die Mörder der türkischen/kurdischen und griechischen Geschäftsleute aus den Reihen der radikalen Neonazis kommen?

Tanriverdi: Ja sehr! Taten, wie diese sind etwas so grausames und schreckliches, auch wenn sie in der Vergangenheit liegen. Es handelt sich um organisierte Morde, rassistisch motiviert und mit großer Brutalität ausgeführt. Genauso wie alle Menschen sind wir schockiert, aber auch entsetzt und irritiert, weil die Sicherheitskräfte in diesem Land über Jahre die Täter nicht ermitteln konnten und z.T. in falsche Richtungen und Kreise ermittelt wurde. Einen möglichen rechtsmotivierten Hintergrund hatte man bis dato ausgeschlossen. Das sind bittere Erfahrungen, besonders für die Angehörigen der Opfer, aber es enttäuscht auch die vielen anderen Menschen mit Migrationshintergrund.

2) Wie beurteilen Sie als BAGIV-Vorsitzender die Reaktionen der Bundesregierung und anderen Verantwortlichen zu den Taten?

Tanriverdi: Sie haben gehandelt! Wir begrüßen, dass die Verantwortlichen schnell entschieden haben, und meinen Vorschlag, einen Gedenktag für die Opfer der rassistisch-motivierten Taten zu planen. Das war im übrigen eine Forderung der VertreterInnen von MigrantenInnen, die dem Integrationsbeirat der Bundesregierung angehören. Viele von ihnen mussten die schreckliche Erfahrung machen, dass unter den Opfern Menschen aus ihrem Herkunftsland waren, z.B. Türken, Griechen und Kurden. Am vergangenen Donnerstag trafen wir uns auf Einladung der Staatsministerin Frau Böhmer im Kanzleramt und griffen diesen Vorschlag auf. Wir finden es richtig und längst überfällig, ein Zentralregister für die Neonazisstraftaten einzurichten, um die Täter schnell zu ermitteln. Ich bin mir sicher, wenn der Unterstützer des sogenannten Trio aus Niedersachsen, der 1999 festgenommen wurde, registriert worden wäre, hätte man diese Morde vielleicht verhindern können. Der Verdacht, es gäbe mehr Unterstützer als gedacht, scheint sich langsam zu bestätigen. Immer mehr Einzelheiten kommen ans Tageslicht.

Die Behörden wie z.B. der Verfassungsschutz in Thüringen aber auch in Hessen haben anscheinend ihre Arbeit nicht richtig gemacht und schlampig gearbeitet und unsere Steuergelder in kriminelle V-Männer gesteckt und damit die Arbeit der verfassungsfeindlichen NPD mitfinanziert und gefördert.

3) Zurzeit ist eine NPD-Verbotsdebatte erneut auf der Tagesordnung. Wird ein Verbot nicht die NPD Anhänger in den Untergrund zwingen?

Tanriverdi: Zunächst begrüße ich sehr, dass alle Fraktionen der im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien sich einig sind, ein erneutes Verfahren zum Verbot der NPD in Erwägung zu ziehen.

Eine Gruppierung wie die NPD, der man schwere Straftaten nachsagt, die Menschen tötet, gehört verboten. In den letzten 20 Jahren sind mehr als 150 Menschen aus rassistisch motivierten Gründen getötet worden. Die Dunkelziffer liegt weit aus höher. Diese Taten

gehen auf das Konto der NPD und ihre Nebengruppen wie z.B. dem „Thüringer Heimatschutz“.

Diese Gruppen agieren illegal, sind nicht vom Staat zu kontrollieren, wie wir aus diesen jetzt bekannt gewordenen Fällen erfahren haben. Deshalb darf der Staat dies nicht weiter tolerieren, die sog. V-Männer, die z.T. auch kriminell sind, dürfen nicht mehr beschäftigt werden. Sie gehören abgezogen, damit kein Hindernis mehr für ein Verbot beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe vorliegt.

Wir hoffen auf die Vernunft der politisch Verantwortlichen in diesem Land, endlich ein NPD-Verbot zu erwirken. Diese Verantwortung schulden sie uns allen. Allen Bürgerinnen und Bürgern.

4) Sind die Aktivitäten der NPD und des rechten Potentials in Deutschland integrationshindernd? Macht das Ihnen Angst?

Tanriverdi: Dass die Aktivitäten der NPD und dem gesamten „braunen Sumpf“ integrationshindernd sind, steht außer Frage. Was uns vielmehr Angst macht, ist dieser versteckte und gelebte Rassismus in unserer Gesellschaft. Man spricht von ca. 23% rassistisch eingestellter Menschen, die mitten unter uns leben.

Die Politik der letzten Jahre hat nicht nur versäumt zu handeln, sondern sich in Wahlkampfzeiten z.T. dieser Bevölkerungsgruppen bedient. Da waren Migranten ein willkommenes Instrument. Sogar nach den Morden in Sollingen, Mölln, Rostock und in anderen Städten in den neuen Bundesländern wurde lieber geschwiegen statt zu debattieren, es war einfach tabu. Spätestens seit der Sarrazin-Debatte hätte die Regierung und die Opposition eine klare Richtung vorgeben müssen, ohne Angst Wählerschichten zu verlieren.

Die NPD nutzt genau diese Ängste und Vorurteile in der Bevölkerung für sich und schürt damit fremdenfeindlichen Haß- und Hetzkampagnen.

Es ist zwar reichlich spät aber auf jeden Fall richtig, dass man endlich erkannt hat, dieses Thema ernst zu nehmen und einen Gipfel ein zu berufen, wo Vertreter der Bundesländer und weitere verschiedene Akteure daran teilnehmen.

5) Es heißt "Deutschland ist auf dem rechten Auge blind", die Geheimdienste haben geschlafen / versagt. Warum hat die Politik nichts gemacht?

Tanriverdi: Leider hört sich das alles sehr nach der Diagnose: „Brauner Star“ an.

Ja, man kann wohl sagen, dass Deutschland auf dem rechten Auge blind ist. Das hat auch ein Stück mit der Geschichte Deutschlands zu tun.

Ich kann nur wiederholen: sie haben ihre Arbeit nicht und wenn, dann schlampig gemacht. Für die Politik ist einfacher gewesen, nicht genau hinzuschauen. Es wäre unbequem und man hat es nicht sehen wollen. Besonders in den neuen Bundesländern ist eine Geschichtsaufarbeitung nicht oder unzureichend erfolgt. Spätestens nach der Wiedervereinigung und den gewaltsamen Taten an MigrantInnen hätten Maßnahmen zur Aufklärung gegen Faschismus erfolgen müssen. Es ist bekannt, das ganze Ortschaften in rechter Hand sind. Nichts ist passiert. Also duldet Politik das doch. Wo bleiben die runden Foren und runden Tische, wo steckt die Zivilcourage?

6) Warum fällt Ihrer Meinung nach der Verdacht häufig auf die Migranten selbst?

Tanriverdi: Es ist nicht einfach, diese Frage zu beantworten. Aber eins ist klar: Migranten waren und sind zum Teil immer noch nicht willkommen. Wer anders ist, dem wird schnell was unterstellt.

Und schon ist der Sündenbock gefunden.

Hinzu kommt, dass das Ausländergesetz ein Abwehrgesetz ist, wonach man – also die Polizei- die Gesellschaft vor Fremden zu schützen hat. Das was nicht dazugehört, ist abzuwehren. Es fehlt eine Willkommenskultur. Wir reden zwar mittlerweile darüber – aber wir sind noch meilenweit entfernt vom Ziel. Es fehlt die gesetzliche Rahmenbedingung und noch vieles mehr. Zusätzlich brauchen wir eine Anerkennungskultur für die vielen Bürgerinnen und Bürger, die seit Jahren hier ihre neue Heimat gefunden haben.

Die zwielichtige Rolle des Verfassungsschutzes muss lückenlos aufgeklärt werden. Sie haben zu Unrecht in Opferkreisen ermittelt und Menschen damit traumatisiert. Da steht eine Entschädigung außer Frage.

7) Wie kommt es zu dieser Pauschalisierung – Opfer sind gleich Mittäter?

Tanriverdi: Das hat auch ein Stück mit der vorhergehenden Frage zu tun. Aber in Deutschland und auch generell in Demokratien, vielleicht hat es auch mit der Rechtsstaatlichkeit zu tun, dass häufig die Täter in den Vordergrund gestellt werden, die Opfer und die Angehörigen werden vergessen, über sie redet man nicht mehr.

Es kommt einem Generalverdacht gleich: Jeder eingewanderte Kioskbesitzer oder Dönerladen Inhaber ist gleich in Mafiakreisen verstrickt. Wenn Straftaten an Angehörigen begangen werden, sind die dann gar nicht so schlimm.

Genauso die Pauschalisierung, dass alle 8 Opfer, welche aus der Türkei stammen, Türken zu benennen. Auch das stimmt nicht. Mindestens 2 der Opfer kamen zwar aus der Türkei sind aber Kurden. Man sollte die Opfer richtig einordnen, nicht nur die Täter.

8) Was halten Sie von dem für die Nazi-Mordserie gewählten populären Begriff Döner-Morde?

Tanriverdi: Zur öffentlichen Debatte gehört meiner Meinung nach auch, dass Begriffe wie "Döner-Morde" in Frage gestellt werden müssen. Wie würden sich Deutschstämmige fühlen, wenn es Sauerkraut-Morde heißt? Für mich ist es ein Unwort ohne Aussage, aber mit diffamierendem Beigeschmack. In die Reihe dieser Unwörter lässt sich fortsetzen: „Bosporusermittlung“.

Dieser schmale Steg in Istanbul- was hat er mit den 8 Opfern aus der Türkei zutun? Hier muss sich die Sprache der Ermittlungsbehörde aber auch der Presse ändern. Das ist schlechter Populismus, der vielleicht sogar Rassismus gleichkommt.

9) Welche Maßnahmen müssen nun ergriffen werden in einem Migrationsland wie Deutschland?

Tanriverdi: Auf die Familien und Angehörigen der Opfer soll zugegangen werden. Im Rahmen der Ermittlungen wurden Sie oft zu Unrecht verdächtigt und vernommen und manche wurden sogar strafrechtlich verfolgt. Hier wäre eine offene Entschuldigung, dies ist zum Teil auf Länderebene geschehen, angebracht. Diese alleine reicht aber nicht aus. Ein Mahnmal, um in Zukunft so etwas nicht mehr erleben zu müssen, wäre angebracht. Auch eine Entschädigung sollte in Einzelfällen in Erwägung gezogen werden. Wir finden es richtig, dass ein Gipfel zu dem Thema stattfindet, bei dem Bund, Länder aber auch Vertreter der Migrantenverbände teilnehmen. Migration und Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Jeder von uns kann etwas tun, indem er hinsieht und nicht wegschaut, indem man handelt anstatt zu warten.